

Pro Köln

Rechtsradikale mit bürgerlicher Maske

Von Detlef Schmalenberg, 16.09.08, 23:58h, aktualisiert 18.09.08, 16:48h

Die rechtsextreme „Pro-Bewegung“ hat zu ihrem sogenannten Anti-Islamisierungs-Kongress am Wochenende Hunderte Gesinnungsgenossen aus Europa nach Köln eingeladen. Die Partei spekuliert auf Wählerstimmen durch internationale Unterstützung und fremdenfeindliche Propaganda.



Demonstration gegen die Moschee in Ehrenfeld. (Bild: Grönert)

An der Spitze des Widerstands will er stehen, von Kulturkampf ist die Rede, von einer islamistischen Parallelgesellschaft auf deutschem Boden, wo sich selbst Polizisten kaum noch hintrauen und Recht nach den Vorschriften der Scharia gesprochen wird. Markus Beisicht, 45 Jahre, Rechtsanwalt aus Leverkusen und Chef der rechtsextremen Pro-Bewegung, redet mit fester Stimme.

So sieht der Retter des christlichen Abendlandes aus. Von „militanten Linksextremisten“, „frustrierten Altsozialisten“ oder der „amoklaufenden politischen Klasse“, die den für das Wochenende geplanten „Anti-Islamisierungs-Kongress“ der Kölner Rechtsextremen verhindern will, lässt Beisicht sich am allerwenigsten beirren. „Wir werden ein machtvolleres Zeichen setzen.“

Doch gegen das „Zeichen“, von dem er redet, werden Zehntausende Menschen auf die Straße gehen. Denn zum dreitägigen Kongress, dessen Höhepunkt eine mehrstündige Kundgebung auf dem Kölner Heumarkt am Samstag sein soll, wird ein Panoptikum der Fremdenfeindlichkeit aufmarschieren. Politdarsteller rechtsextremer Parteien wie der österreichischen FPÖ oder des belgischen Vlaams Belang sind als Redner angekündigt. Laut „Pro Köln“ allesamt „tapfere Patrioten“, die unerschütterlich im Ringen um die „Identität unserer stolzen europäischen Völker“ zusammenstünden.

Besuch aus Italien

Gemeint sind Männer wie Mario Borghezio von der italienischen Lega Nord, der hinterrücks die Lager von Einwanderern anzündete und deshalb wegen vorsätzlicher Brandstiftung verurteilt wurde. Auch mit dem französischen „Kameraden“ Jean-Marie Le Pen, der die Gaskammern des Zweiten Weltkrieges als „Detail der Geschichte“ bezeichnete, wirbt die Pro-Bewegung seit Monaten. Eine Lüge, wie der Partei-Sprecher des 80 Jahre alten Nationalisten gestern auf Anfrage des „Kölner Stadt-Anzeiger“ betonte. Eine Kongress-Teilnahme sei „niemals geplant“ gewesen. Dies jedoch bestreitet „Pro Köln“. Le Pens Büro im Europaparlament habe den Auftritt zugesagt. Aber auch dort wusste man gestern von einem Kölnbesuch des

Partei chiefs nichts. Sollte der angekündigte medienwirksamen Auftritt Le Pens also von vornherein nur ein billiger Propaganda-Trick gewesen sein?

Mit einigen der ultrarechten Organisationen und Parteien, die zum Anti-Islam-Kongress nach Köln kommen, sind die Funktionäre der Pro-Bewegung andererseits schon seit Jahren eng verbunden. Die fremdenfeindliche Strategie der internationalen Verbündeten wurde in Köln zur Blaupause des eigenen Handelns. Indem das Feindbild „Ausländer“ durch das Feindbild „Islam“ ersetzt wurde, übernahm die Pro-Bewegung eine Vorreiterrolle im rechtsextremen deutschen Parteienspektrum.

Nur so ist es zu erklären, dass sich die europäischen Rechtsextremisten die Kölner Kameraden als deutsche Partner einer „Internationalen der Nationalen“ ausgeguckt haben. Die FPÖ bekam 2006 in den österreichischen Nationalratswahlen elf Prozent der Stimmen, und der belgische Vlaams Belang wurde in den Parlamentswahlen landesweit mit 19 Prozent aller flämischen Wähler drittstärkste Partei. Die einmalige Chance, im „Konzert der Großen“ mitzumischen, geht für die Pro-Parteien wohl nur dann auf, wenn sie in den kommenden Wahlen auf Kommunal- und Landesebene punkten können.

Denn die Kölner Protagonisten von Rechtsaußen sind allenfalls politische Leichtgewichte. Überregional spielen sie bisher überhaupt keine Rolle. Um 2009 erstmals landesweit zur Kommunalwahl und 2010 auch zur Landtagswahl antreten zu können, wurde im Februar 2007 der Verein „Pro NRW“ gegründet. Einzig erfolgreich, wenn auch im äußerst bescheidenen Umfang, war bisher „Pro Köln“: mit 16.531 Wählerstimmen, einem Anteil von 4,7 Prozent, schaffte die Partei in der Kommunalwahl vom September 2004 den Einzug in den Stadtrat, wo die Gruppierung mittlerweile mit fünf Sitzen vertreten ist.

Gemeinsam mit Rechtsextremen

„Die Gruppierung stellt sich selbst als konservativ dar, arbeitet allerdings eng mit Neonazis und anderen Rechtsextremisten zusammen“, war im Jahresbericht 2003 des NRW-Verfassungsschutzes, gegen den „Pro Köln“ erfolglos geklagt hat, zwar gewarnt worden. Doch die etablierten Parteien waren damals davon überzeugt, dass sich das Problem durch Ignorieren von selbst lösen und die Pro-Bewegung schon bald keine Beachtung mehr erhalten würde. Auch die Kölner Medien verfolgten die Strategie, den ultrarechten Schmuddelkindern möglichst keine journalistische Plattform zu bieten. „Inzwischen sind wir dazu übergegangen, unseren Lesern immer wieder vor Augen zu halten, dass hier Rechtsextremisten im demokratischen Deckmäntelchen auf Stimmenfang gehen“, sagt Peter Berger, Leiter der Lokalredaktion Köln beim „Kölner Stadt-Anzeiger“.

Auch der zukünftige Erfolg der Pro-Bewegung dürfte davon abhängen, ob es den Politfunktionären gelingt, sich als Vertreter des kleinen Mannes zu inszenieren; als einzig verbliebene Kämpfer für das deutsche Volk. Eines Volkes, das angeblich von korrupten und „verbrauchten Altparteien“ gedeckelt, von gewaltbereiten Linken bedroht und von bombenwerfenden Islamisten umzingelt wird. Dass in den vergangenen Wochen sogar der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad und der Außenminister Malaysias ein Verbot des „islamfeindlichen Köln-Kongresses“ forderten, gibt den Rechtsextremen eine zusätzliche Chance zur Profilierung.

Zum Symbol des vorgeblichen Widerstands hat „Pro Köln“ den umstrittenen Neubau der Moschee im Kölner Stadtteil Ehrenfeld auserkoren, den der Stadtrat vor wenigen Wochen abschließend genehmigt hat. Das Deutungsmuster der Ultrarechten ist

ebenso perfide wie erfolgsversprechend: Mit der Gleichung „Terrorismus = Islamismus = Islam = Moschee“ zielen sie auf zunehmende Vorbehalte gegen Muslime und deren Kultur in der Mehrheitsgesellschaft. Landesweit werde man gegen „Minarette und Muezzin-Ruf mobil machen“, hat Pro-Chef Beisicht angekündigt. Man werde die Kommunalwahl zur „Volksabstimmung über die Kölner Großmoschee“ machen.

„Das Ziel ist, den Islam zu einem Angstthema zu machen, das man dann in rassistischer Manier für eigene Wahlkampfzwecke instrumentalisieren kann“, sagt Neonazismus-Experte Alexander Häusler von der Fachhochschule Düsseldorf. Dabei bemüht sich die Partei um einen Spagat: rechtsradikale Positionen zu vertreten, ohne als rechtsradikal zu gelten. Schließlich ist die Wahl einer offen rechtsextremistischen Partei in der deutschen Gesellschaft noch weitgehend verpönt. Um potenzielle Wähler nicht zu verschrecken, wollen die Pro-Funktionäre seriös und demokratisch wirken, den Eindruck erwecken, zur bürgerlichen Mitte zu gehören. Kontakte zur rechtsradikalen Szene werden stets geleugnet.

Recherchen des „Kölner Stadt-Anzeiger“ indes haben gezeigt, dass bekannte Neonazis und NPD-Kader in den vergangenen Jahren immer wieder auf Demonstrationen von „Pro Köln“ oder dessen politischem Vorgänger „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ zu sehen waren. Und wer genauer hinschaut, findet auch heute noch zahlreiche rassistische und fremdenfeindliche Ansichten bei den Pro-Verbündeten: **Pro-Chef** Beisicht beispielsweise trat im November 2007 in Graz gemeinsam mit der FPÖ-Spitzenkandidatin Susanne Winter auf. Als die ultrarechte Demagogin einige Monate später von einem „islamischen Einwanderungs-Tsunami“ sprach, den es „zurückzuwerfen“ gelte, und sich außerdem noch zu der Behauptung verstieg, Kindesmissbrauch sei bei muslimischen Männern „weit verbreitet“, bezeichnete Beisicht die Islam-Hetze der „verantwortungsbewussten Politikerin“ als „vorbildlich und absolut nachahmenswert“.

Auch mit dem belgischen Rechtsextremisten Bart Debie vom Vlaams Belang gab es schon zahlreiche Treffen. Debie, laut „Pro Köln“ ein „früherer Elitopolizist“, wurde im Februar dieses Jahres zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Nach dem noch nicht rechtskräftigen Urteil hat sich der „Pro Köln“-Freund unter anderem mehrfach der Körperverletzung im Dienst schuldig gemacht hat. Meist soll er Ausländer misshandelt haben.

Immer wieder betonen die Pro-Funktionäre, keine Kontakte zur NPD zu unterhalten. Doch mit führenden Funktionären der tendenziell neonazistischen Partei wurde im September 2007 auf Einladung der ITS-Fraktion im Straßburger Europaparlament die Erklärung „Für ein Europa der Vaterländer“ verabschiedet. Mit dabei waren die NPD-Extremisten Udo Pastörs und Holger Apfel.

Pastörs, der den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß mit dem Friedensnobelpreisträger Mahatma Gandhi verglichen hat, meint zu Adolf Hitler: „Er ist ja ein Phänomen gewesen dieser Mann, militärisch, sozial, ökonomisch – er hat ja wahnsinnige Pflöcke eingerammt auf fast allen Gebieten.“ Holger Apfel hat in einer Debatte zum Zuwanderungsgesetz Ausländer als „arrogante Wohlstandsneger“ bezeichnet und von „staatsalimentierten orientalischen Großfamilien“ gesprochen. Es müsse den Verantwortlichen immer klar gewesen sein, dass sich „Neger“ und „Tatarenstämme“ nicht einfach in Deutschland integrieren lassen würden.

Da vorzeigbares Personal kaum zu finden ist, zeigen sich die Pro-Funktionäre auch bei der Auswahl der lokalen und regionalen Verbündeten nur wenig zimperlich. Beispiele lassen sich viele finden. Gegen den Kölner Pro-Funktionär Jörg

Uckermann, Überläufer von der CDU, liegen mehrere Strafanzeigen vor. Er soll geschlagen, gespuckt und getreten haben. Zudem sind Fotos aufgetaucht, die den Ehrenfelder „Pro Köln“-Bezirksvertreter Heinz Kurt Täubner mit Hakenkreuz-Devotionalien bei einer Geburtstagsfeier für Adolf Hitler zeigen sollen. Täubner und Uckermann bestreiten die Vorwürfe.

Als „Beauftragte“ für „Pro NRW“ sind landesweit unter anderem Aktivisten vom rechten Rand der Republikaner und ehemalige Anhänger der Schill-Partei benannt worden. Hinzu kommen politische Irrlichter wie der Duisburger Henryk Dyker. Auf seiner Internet-Homepage präsentierte der Hoffnungsträger der Pro-Bewegung ein „höheres Rechtsgutachten der evolutionären, volksnahen Gesundheitseinrichtung Sonne und Erde“, in dem es unter anderem hieß: „Das BRD-Regime ist illegal und muss durch einen Verlebendigungsvorgang in die organische Ganzheit wieder eingefügt werden.“

Beim Anti-Islam-Getöse am kommenden Wochenende wird es zu einem dreitägigen Katz-und-Maus-Spiel zwischen den Rechten und der linken Szene kommen. Um eine Blockade zu verhindern, hat „Pro Köln“ zumindest die Orte der beiden Saalveranstaltungen bisher geheim gehalten. Mit ihrer Kundgebung sowie einer „Stadtrundfahrt“ durch angebliche „Multikulti-Problemviertel“ geht es den Ultrarechten einzig und allein um öffentlich inszenierte Provokation.

Propaganda-Veranstaltungen scheinen ohnehin ein Spezialgebiet von „Pro-Köln“-Chef Beisicht zu sein. So hat die Kanzlei des mehrfachen Verteidigers von Neonazis erfolglos einen Rechtsextremisten vertreten, der im Januar 2002 als Vertreter der „Initiative der weißen Art“ in der Nähe der NS-Kultstätte Wewelsburg eine Gedenkfeier unter dem Motto „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ abhalten wollte. Die Versammlung, auf der laut Gerichtsurteil ausschließlich Aktivisten verbotener rechtsextremistischer Organisationen reden sollten, wurde wegen Volksverhetzung, Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts, „Glorifizierung“ des SS-Verbrechersystems sowie Verhöhnung der Opfer des Nazi-Regimes verboten.

<http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1221541599483>

Copyright 2009 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.